

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI

A. Einleitung (von Harbou/Weizsäcker)

I. Zum Begriff „Einwanderungsrecht“	2
II. Zur Debatte um ein Einwanderungsgesetz	4
III. Zum Aufbau des Buchs	7

B. Migration zum Zweck der Erwerbstätigkeit (Ponert)

I. Vorbemerkung	11
II. Grundlagen des Arbeitsmigrationsrechts	13
1. Begriff der Erwerbstätigkeit	14
2. Berechtigung zu Aufenthalt und Erwerbstätigkeit	14
III. Aufenthaltstitel für eine Beschäftigung	16
1. Grundsätze der Zulassung von Arbeitnehmern aus Drittstaaten	16
a) Konkretes Arbeitsplatzangebot	16
b) Art der Beschäftigung	16
c) Zuordnung zu einer Berufs- oder Personengruppe	17
d) Zustimmung der Arbeitsagentur	18
e) Versagungsgründe	20
2. Blaue Karte EU	21
a) Allgemeine Voraussetzungen	22
b) Mindestgehalt und Zustimmungsfreiheit	24
c) Privilegierungen bei Mangelberufen	25
d) Mobilität innerhalb der EU	25
3. Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte mit Hochschulabschluss	25
4. Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte mit qualifizierter Berufsausbildung	27
a) Inländische Berufsausbildung	27
b) Ausländische Berufsausbildung	27
5. Sonderregelungen bei Tätigkeit in internationalen Unternehmen	28
a) ICT-Karte	29
b) Kurzfristige Mobilität unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer	30
c) Mobiler-ICT-Karte	30
d) Internationaler Personalaustausch	31
6. Sonstige Personengruppen	31
a) „Westbalkan-Regelung“	31
b) „Best-Friends“-Regelung	32
c) Wissenschaftler	32
d) Weitere Berufs- und Personengruppen	33
IV. Aufenthaltserlaubnis für eine selbständige Tätigkeit	34
1. Unternehmerinnen und Unternehmer	35

IX

a) Reguläre Aufenthaltserlaubnis für Unternehmerinnen und Unternehmer	35
b) Sonderregelungen für Absolventen inländischer Hochschulen, Forscher und Wissenschaftler	38
c) Niederlassungserlaubnis oder Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	39
2. Freiberufliche Tätigkeit	40
3. Selbständige Tätigkeit bei Aufenthaltstiteln zu sonstigen Zwecken	41
V. Weitere Aufenthaltszwecke im Bereich der Arbeitsmigration	41
1. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitsplatzsuche	41
2. Absolvierung von Praktika außerhalb des Studiums	43
3. EU-Daueraufenthaltsberechtigte	43
VI. Fazit und Ausblick	44

C. Migration zum Zweck des Studiums und der Berufsausbildung (Weizsäcker)

I. Vorbemerkung	47
II. Europarechtliche Vorgaben	49
III. Aufenthalt zum Zweck des Studiums	50
1. Regelungen und Zuständigkeiten	50
2. Voraussetzungen eines Aufenthaltstitels zum Studium	51
a) Aufenthaltszweck – was fällt unter „Studium“?	51
b) Zulassung zum Studium	52
c) Sprachkenntnisse	53
d) Sicherung des Lebensunterhalts	53
e) Keine Ablehnungsgründe nach § 20c AufenthG	54
f) Sonderregelungen für in anderen EU-Staaten bereits zugelassene Studierende	54
3. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis während des Studiums	55
4. Zweckwechselverbot	55
5. Aufenthaltsstatus nach erfolgreichem Abschluss des Studiums	56
a) Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitsplatzsuche	56
b) Arbeitsmarktzugang für Absolventen inländischer Hochschulen	56
IV. Aufenthalt zum Zweck einer Berufsausbildung	57
1. Regelungen und Zuständigkeiten	57
2. Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Berufsausbildung	58
a) Aufenthaltszweck – was ist eine (qualifizierte) Berufsausbildung iSd AufenthG?	58
b) Nachweis des Aufenthaltszwecks	59
c) Sicherung des Lebensunterhalts	60
d) Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit	61
3. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis während der Berufsausbildung	61
4. Zweckwechselverbot	62
5. Aufenthaltsstatus nach erfolgreichem Abschluss der Berufsausbildung	62
a) Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitssuche	62
b) Arbeitsmarktzugang für Absolventen inländischer Ausbildungen	63

V. Erwerbstätigkeit während des Studiums oder der Berufsausbildung	63
1. Beschäftigung während des Studiums	63
2. Nebenbeschäftigung während einer Berufsausbildung	64
3. Selbständige Erwerbstätigkeit während Studium oder Ausbildung	65
4. Erwerbstätigkeit während der Arbeitssuche nach Abschluss des Studiums oder der Ausbildung	65
VI. Familiennachzug	66
VII. Fazit und Ausblick	66

D. Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse (Neundorf)

I. Vorbemerkung	69
II. Grundlagen der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen ..	71
1. Rechtsgrundlagen der Anerkennungsverfahren	72
a) EU-Berufsamerkennungsrichtlinie (RL 2005/36/EG)	73
b) Das Anerkennungsgesetz des Bundes	75
c) Anerkennungsgesetze der Länder	77
2. Für die Anerkennung zuständige Stellen	77
3. Das Anerkennungsverfahren	81
a) Verfahrensvorgaben	81
b) Prüfung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation	83
c) Besonderheiten der Gleichwertigkeitsprüfung bei reglementierten Berufen	84
d) Sonstige Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit bei fehlenden Nachweisen	85
4. Der Erwerb inländischer Abschlüsse als Alternative zur Durchführung von Anerkennungsverfahren	86
III. Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse	88
1. Hochschulabschlüsse	88
2. Allgemeinbildende Schulabschlüsse	89
IV. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (§ 17a AufenthG)	90
1. Anwendungsbereich	91
2. Voraussetzungen für die Erteilung	91
3. Aufenthaltsdauer und Nebentätigkeit	93
V. Fazit und Ausblick	94

E. Die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem (von Harbou)

I. Vorbemerkung	99
II. Rechtsstellung nach erfolgreichem Abschluss des Asylverfahrens	101
III. Rechtsstellung während des Asylverfahrens oder nach dessen erfolglosem Abschluss	103
1. Integrationskurs, Berufssprachkurs und „Arbeitsmöglichkeiten“	104
2. Kita, Schule und Studium	107
3. Hospitation, Praktikum und Freiwilligendienst	108
4. Betriebliche Ausbildung	109
5. Abhängige Beschäftigung	112
a) Staffelung nach Aufenthaltsdauer	113
b) Erleichterungen für den Arbeitsmarktzugang	113

c) Beschäftigungsverbot	115
6. Selbständige Erwerbstätigkeit	115
IV. Fazit und Ausblick	115

**F. Freizügigkeitsrechte von Unionsbürgern
und ihren Familienangehörigen (Hasse)**

I. Vorbemerkung	119
II. Unionsbürgerschaft	120
III. Freizügigkeitsrechte	122
1. Allgemeine Freizügigkeit Nichterwerbstätiger	124
2. Arbeitnehmerfreizügigkeit	125
a) Arbeitnehmerbegriff	125
b) Arbeitssuche	126
3. Niederlassungsfreiheit	127
4. Dienstleistungsfreiheit	128
a) Dienstleistungserbringung	128
b) Dienstleistungsempfang	128
5. Verbleibeberechtigte	128
a) Tätigkeit von mehr als einem Jahr	130
b) Unfreiwillige Arbeitslosigkeit	130
c) Bestätigung durch die Bundesagentur für Arbeit	131
6. Daueraufenthalt	131
a) Ständiger rechtmäßiger Aufenthalt	131
b) Erlöschen des Daueraufenthaltsrechts	133
c) Verfahrensfragen	133
7. Abgeleitetes Freizügigkeitsrecht	133
a) Begriff der Familienangehörigen	134
b) Unterhaltsgewährung	135
c) Familiennachzug zu Unionsbürgerkindern und Kindern früherer Arbeitnehmer	136
d) Bleiberecht des Ehegatten nach Scheidung	138
IV. Beendigung des Freizügigkeitsrechts	138
1. Feststellung des Nichtbestehens eines Freizügigkeitsrechts	139
2. Verlustfeststellung nach § 6 FreizügG/EU („Ausweisung“)	139
3. Verlustfeststellung nach § 2 Abs. 7 FreizügG/EU (Missbrauchsfälle) ..	140
V. Sozialleistungsrechtliche Besonderheiten bei Unionsbürgern	141
1. Leistungsausschluss in den ersten drei Monaten	142
2. Leistungsausschluss bei Arbeitssuche	142
3. Leistungsausschluss bei fehlendem Aufenthaltsrecht	143
4. Leistungsausschluss bei Aufenthaltsrecht nach Art. 10 Freizügigkeits-VO	143
5. Kein Leistungsausschluss nach fünfjährigem Aufenthalt	144
6. Leistungsausschlüsse im SGB XII	145
7. Verfassungsrechtliche Bedenken	146
8. Leistungsansprüche nach Fürsorgeabkommen	148
VI. Fazit und Ausblick	149

**G. Aufenthaltsrechte
aus dem Assoziationsabkommen EWG/Türkei (Zeran)**

I. Vorbemerkung	151
II. Verhältnis zu anderen Rechtsnormen	152

III. Rechte türkischer Arbeitnehmer nach Art. 6 ARB 1/80	153
1. Voraussetzungen des Rechts aus Art. 6 ARB 1/80	153
2. Zeitliche Abstufung	154
3. Unterbrechung der Beschäftigung	156
4. Verlust des Rechts aus Art. 6 ARB 1/80	157
IV. Rechte der Familienangehörigen türkischer Arbeitnehmer nach Art. 7 ARB 1/80	157
1. Voraussetzungen des Rechts aus Art. 7 S. 1 ARB 1/80	157
2. Akzessorischer Aufenthalt	159
3. Aufenthalt der Kinder türkischer Arbeitnehmer im Anschluss an eine Berufsausbildung	159
4. Daueraufenthaltsrecht	160
5. Verlust der Rechtsstellung	160
V. Standstillklauseln im Assoziationsrecht	160
VI. Fazit und Ausblick	164

H. Zugang zu Sozialleistungen und Sicherung des Lebensunterhalts (Devetzi/Walter)

I. Vorbemerkung	167
II. Drittstaatsangehörige	167
1. Erwerbstätigkeit	169
a) Sicherung des Lebensunterhalts	169
b) Leistungen bei Arbeitslosigkeit	175
c) Leistungen im Alter, bei Invalidität und für Hinterbliebene	176
d) Familienleistungen	177
2. Studium und Ausbildung	177
a) Lebensunterhaltssicherung	178
b) Leistungen zur Förderung des Studiums und der Ausbildung	179
c) Familienleistungen	180
III. Unionsbürger	180
1. Grundsätze	180
a) Zugang zu Sozialleistungen für „versicherte Personen“: Freizügigkeit und soziale Sicherheit	180
b) Zugang zu Sozialleistungen für Arbeitnehmer: Freizügigkeit und „soziale Vergünstigungen“	183
c) Nichterwerbstätige Unionsbürger	184
d) Zugang zu Sozialleistungen nach deutschem Recht	184
2. Erwerbstätigkeit	184
a) Sozialversicherung	184
b) Leistungen zur Förderung des Studiums und der Ausbildung	186
c) Familienleistungen	186
d) Leistungen der Grundsicherung	188
3. Studium und Ausbildung	188
4. Nichterwerbstätige	189
IV. Fazit und Ausblick	189

I. Verfestigung des Aufenthalts und Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (Hoffmann)

I. Vorbemerkung	193
II. Erwerb einer Niederlassungs- oder EU-Daueraufenthalts-erlaubnis	194
1. Grundtatbestände der Aufenthaltsverfestigung	195

a) Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG)	195
b) Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU (§ 9a AufenthG)	198
2. Privilegierungen für bestimmte Erwerbstätige	202
a) Niederlassungserlaubnis für Absolventen deutscher Hochschulen (§ 18b AufenthG)	202
b) Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte (§ 19 AufenthG)	203
c) Niederlassungserlaubnis für Inhaber einer Blauen Karte EU (§ 19a Abs. 6 AufenthG)	205
d) Niederlassungserlaubnis für Selbstständige (§ 21 Abs. 4 S. 2 AufenthG)	206
3. Weitere Sondertatbestände der Niederlassungserlaubnis	206
a) Niederlassungserlaubnis für Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge und Resettlement-Flüchtlinge (§ 26 Abs. 3 AufenthG)	206
b) Niederlassungserlaubnis für Inhaber anderer humanitärer Aufenthaltstitel (§ 26 Abs. 4 AufenthG)	207
c) Niederlassungserlaubnis aufgrund familiärer Lebensgemeinschaft (§ 28 Abs. 2 AufenthG)	208
d) Niederlassungserlaubnis nach Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft (§ 31 Abs. 3)	209
e) Niederlassungserlaubnis für minderjährige Ausländer (§ 35 Abs. 1 AufenthG)	210
f) Niederlassungserlaubnis für ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)	211
4. Verlust des Aufenthaltsrechts	211
III. Verfestigung des prekären zum erlaubten Aufenthalt	212
1. Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung (§ 18a AufenthG)	213
2. Aufenthaltsgewährung für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende (§ 25a AufenthG)	214
3. Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b AufenthG)	217
4. Weitere Möglichkeiten des Übergangs vom prekären zum erlaubten Aufenthalt	218
a) Aufenthaltsgewährung wegen inlandsbezogener Abschiebungshindernisse (§ 25 Abs. 5 AufenthG)	218
b) Aufenthaltsgewährung in Härtefällen (§ 23a AufenthG)	220
IV. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit	221
1. Anspruchseinbürgerung	222
2. Ermessenseinbürgerung	223
3. Sonderproblem der doppelten Staatsbürgerschaft	224
a) Beibehaltung der Staatsbürgerschaft bei der Einbürgerung	225
b) Doppelte Staatsbürgerschaft kraft Geburt in Deutschland	225
V. Fazit und Ausblick	226
J. Zuständigkeiten, Verfahren, Rechtsschutz (Hank/Rogge)	
I. Vorbemerkung	229
II. Zuständigkeitsverteilung im föderalen System	230
1. Rechtssetzungsbefugnisse	230
2. Verwaltungsvollzug	233
3. Etablierung sog. „Welcome-Center“ in den Kommunen	235
III. Verwaltungsverfahren	237
1. Visumverfahren	237

a) Grundsätze	237
b) Behördenbeteiligung im Rahmen des Visumverfahrens	240
c) Verfahren bei der sog. Westbalkan-Regelung	241
d) Besonderheiten des Verfahrens für Visa zu Studienzwecken	242
e) Visapolitik und Vergabepraxis	243
2. Verfahren zur Erteilung einer Beschäftigungs- und Aufenthaltserlaubnis	243
a) Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit	244
b) Beschäftigungsrechtliche Privilegierungen	247
3. Weitere Erleichterungen auf europarechtlicher Grundlage	248
IV. Rechtsschutz	250
1. Rechtsschutz gegen die Visumsversagung	250
2. Rechtsschutz gegen ausländerbehördliche Entscheidungen	251
V. Fazit und Ausblick	253
K. Der Europarechtliche Rahmen (Guild/Friðriksdóttir)	
I. Vorbemerkung	257
II. Unionsbürger und ihre Familienangehörigen	258
1. Unionsbürger	258
2. Familienmitglieder von Unionsbürgern	260
III. Arbeits- und Bildungsmigration Drittstaatsangehöriger	262
1. Hochqualifizierte	262
2. Allgemeiner Rahmen für eine kombinierte Erlaubnis für drittstaatsangehörige Arbeitnehmer	265
3. Forscher, Studierende, Praktikanten, Freiwillige, Schüler und Au Pairs	267
4. Unternehmensinterne Transfers	270
5. Saisonarbeiter	272
6. Familienmitglieder von EU-ansässigen Drittstaatsangehörigen	274
7. Langfristig Aufenthaltsberechtigte	276
IV. Fazit und Ausblick	277
L. Perspektiven für ein Einwanderungsgesetz (Groß)	
I. Vorbemerkung	281
II. Einwanderungsgesetze im internationalen Vergleich	283
III. Grundlegende Steuerungsfaktoren	285
1. Angebots- und nachfrageorientierte Einwanderungspolitik	286
2. Punktesysteme und Kontingente	287
3. Befristeter und unbefristeter Aufenthalt	289
IV. Rechtspolitische Optionen	290
1. Elemente eines Einwanderungsgesetzes	290
2. Flankierende Maßnahmen	292
V. Fazit und Ausblick	295
Sachverzeichnis	299